

Frauen und Kinder am stärksten betroffen.

VPOD-Frauenkommission unterstützt IWF-Referendum

Die nationale Frauenkommission des VPOD hat anlässlich ihrer Sitzung vom 22./23. November beschlossen, der Frauenkoalition beizutreten, welche das Referendum gegen den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank unterstützt.

Die Frauen der nationalen Kommission haben diesen Beschluss aus nachstehenden Gründen gefasst:

Die Strukturanpassungs-Programme, welche der IWF und die Weltbank den verschuldeten Ländern der Dritten Welt aufzwingt, haben katastrophale Auswirkungen. Sie haben keineswegs eine Verbesserung der Lage dieser Bevölkerung zur Folge, sondern führen im Gegenteil zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verschlechterung. Und von dieser Austeritätspolitik werden Frauen und Kinder am härtesten betroffen: die Preise der Grundnahrungsmittel steigen, Bildungs- und Gesundheitsausgaben werden gekürzt. „Durch das Referendum wollen wir, als Frauen aktiv an der wichtigen Diskussion betreffend der schweizerischen Entwicklungspolitik teilnehmen. Wir wehren uns gegen die Tatsache, dass Frauen oft von solchen Diskussionen ausgeschlossen sind, da diese an Orten stattfinden, die von männlicher Präsenz dominiert sind (Bundesrat, Nationalbank usw.). Wir glauben nicht, dass die Schweiz, deren Aussenpolitik eine der konservativsten der Welt ist, innerhalb des IWF ein Gegengewicht gegen die USA und die anderen Industriestaaten darstellen will oder kann“, schreibt die VPOD-Frauenkommission. Die Frauen des VPOD denken nicht, dass sie durch die Unterstützung des Referendums zur Isolation der Schweiz beitragen, sondern dass sie damit im Gegenteil einen Schritt zur Diskussion über eine offene und solidarische Schweiz beitragen.

Der öffentliche Dienst, 29.11.1991.

Oeffentlicher Dienst, Der > IWF, VPOD-Frauen-Kommission. OeD, 1991-11-29